

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1987)
Heft: 3: Frauen : Gleichberechtigung und mehr

Rubrik: Das Dokument

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

D A S D O K U M E N T

WIR FRAUEN IN DER LOHNARBEITSWELT BILANZ UND KONSEQUENZEN

Das vorliegende Dokument ist eine Standortbestimmung der VPOD-Frauenkommission, verfasst für die 5. Verbandskonferenz der VPOD-Frauen, die am 20./21. November 87 in Genf stattgefunden hat. In ihren Vorbemerkungen zum Text hält die VPOD-Frauenkommission fest: «Es ist nötig und wichtig, dass wir Rechenschaft darüber ablegen, wo wir stehen und wie wir hierher gekommen sind, bevor wir weitergehen können.»

Einleitung

Die formale Gleichstellung der Frau wird in der Schweiz viel später erreicht als in anderen Ländern. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Schweiz weitgehend von sozialen Erschütterungen wie Kriegen oder Arbeitskämpfen verschont geblieben ist. So hat sich die traditionell patriarchalische Ordnung in Wirtschaft, Politik und Familie relativ unerschüttert erhalten können.

In diesem Umfeld sind die Chancen der Frauenbewegung, eine breite Abstützung für ihre Ideen zu finden, schwach. Mit helvetischer Verspätung werden das Frauenstimmrecht erst 1972 und der Gleichheitsartikel erst 1981 in der Bundesverfassung verankert. Das patriarchalische Ehorecht wird sogar erst 1985 und dann eher zurückhaltend revidiert. Der Grundpfeiler männlicher Verfügungsgewalt über die Frau, das Bestimmen über die Fortpflanzung, bleibt bestehen: es gelingt uns Frauen nicht, das Recht auf Abtreibung durchzusetzen.

Auch die Gewerkschaft – als Teil unserer Gesellschaft – bleibt Teil einer patriarchalisch gefärbten Ideologie, das heisst, sie geht in ihrer Politik weitgehend von der Kleinfamilie mit dem alleinverdienenden Familienvater aus. Die Gewerkschaftsverbände sind zwar nicht darum herumgekommen, das Postulat der Gleichberechtigung und der Gleichstellung in ihrem Programm aufzuschreiben, sie haben sich aber nie gross dafür eingesetzt.

Mit Deklarationen und Programmen und den formaljuristischen Gleichheitsgeboten haben wir Frauen die Gleichberechtigung im familiären, politischen und wirtschaftlichen Leben real nicht erreicht. Im Gegenteil: das Gleichheitsgebot führt im Familienleben höchstens in einer kleinen Minderheit zur geforderten Umverteilung der Aufgaben von Mann und Frau.

Bei der Beteiligung von uns Frauen in politischen Gremien bleibt die Gleichberechtigung aber weitgehend eine Leerformel. Im wirtschaftlichen Bereich wird das Gleichheitsgebot heute von Arbeitgeberseite sogar dazu missbraucht, einen sozialen Angriff auf uns Frauen einzuleiten, der schliesslich alle Lohnabhängigen trifft.

Zum erstenmal seit Bestehen der wichtigsten Sozialversicherung der Schweiz, der AHV, soll mit der Erhöhung des Pensionierungsalters auf 63 oder gar 65 Jahre eine Verschlechterung eingeführt werden. Es gibt Pläne, Arbeitsgesetz und Arbeitsverträge zu revidieren, dass die bescheinigten Schutzbestimmungen für Frauen, die als Familienschutz eingeführt worden waren, liquidiert werden (Aufhebung des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbot). Soziale

Einrichtungen, Tagesschulen, Krippen und Horte, die nie dem Bedarf entsprechend ausgebaut waren, werden zum Teil sogar abgebaut.

Der Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit ermöglicht einen stärkeren Druck von uns Frauen in Richtung realer Gleichberechtigung.

Der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit schafft eine massive Nachfrage nach Arbeitskräften. Vermehrt werden Frauen in den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen integriert. Zwar hat sich der Anteil der erwerbstätigen Frauen im Verlauf dieses Jahrhunderts kaum geändert, sehr wohl aber der Charakter ihrer Arbeit: waren Frauen zu Beginn des Jahrhunderts vor allem in den Hausberufen tätig und damit am Rande der Volkswirtschaft, sind sie nun in den Dienstleistungssektoren der Privatwirtschaft und des öffentlichen Sektors von grosser Bedeutung (Gesundheitswesen, Erziehungs- und Sozialbereich, Banken und Versicherungen, Handel und Verkauf).

Mit dieser Verschiebung hat sich auch das Selbstbewusstsein der Frauen verändert. Die Berufsarbeit wird für eine ständig grössere Zahl von Frauen immer wichtiger. Sie ist nicht mehr länger eine im Verhältnis zur Erziehungsarbeit und Hausarbeit nebенständliche Tätigkeit, sondern ein fester Bestandteil des Lebens. Wir Frauen wollen uns nicht mehr länger die Frage stellen, ob wir überhaupt arbeiten gehen wollen, sondern vielmehr, welche Arbeit wir machen.

Reale Gleichberechtigung heisst für uns, nicht mehr zwischen Erwerbsarbeit und un-

bezahlter Familienarbeit wählen zu müssen.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung wachsen neue Ansprüche:

- Recht auf gesellschaftlich sinnvolle und entsprechend entlohnte Arbeit.
- Recht auf ein eigenständiges Einkommen, das ein eigenständiges Leben ermöglicht.

Diese Ansprüche der Frauen auf einen neuen Platz nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im öffentlichen Leben, kommen in der Frauenbewegung der 70er Jahre zum Tragen.

In der wirtschaftlichen Krise will der Bürgerblock den knappen sozialen Fortschritt rückgängig machen.

Seit Mitte der 70er Jahre gerät die Wirtschaft der Industrienationen in Schwierigkeiten. Die Unternehmer versuchen, die Auswirkungen dieser Schwierigkeiten – meist mit aktiver Unterstützung der Regierungen – auf die Beschäftigten abzuwälzen. In erster Linie wird angestrebt, die Arbeitskraft ganz den schwankenden Bedürfnissen der Produktion unterzuordnen, damit die Produktionsmittel, vor allem die Maschinen, maximal ausgenutzt werden.

Im Klartext heisst das, dass die Errungenschaften des Normalarbeitstages und der Fünftagewoche abgeschafft werden sollen. Dafür werden Arbeit auf Abruf eingeführt und Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit als normale Arbeitszeiten behandelt.

Neoliberale Ideologie

Verpackt wird diese Auflösung des Normalarbeitstages als Befreiung der Arbeitnehmerschaft vom Korsett

der starren Arbeitszeit. Diese neoliberalen Ideologie behauptet, die individuelle Freiheit, Verantwortung und Strebsamkeit ins Zentrum stellen zu wollen. Der Normalarbeitstag wird im Licht dieser Weltanschauung zur Fessel der freien Lebensgestaltung jedes und jeder Einzelnen, gesetzliche Schutzbestimmungen wie das Nachtarbeitsverbot für Frauen werden als entscheidende Hemmnisse der Gleichberechtigung denunziert. Kollektive Regelungen wie Gesamtarbeitsverträge werden als Zwang und Unfreiheit oder als Giesskannenprinzip verunglimpft.

Zielgruppe Frauen

Wichtige Zielgruppe der neoliberalen Ideologie sind die Frauen. Die Arbeitszeitflexibilisierung wird uns als Ideallösung verkauft, um unsere Schwierigkeit, die Lohn- und Familienarbeit zu verbinden, zu meistern. Diese Schwierigkeit wird dazu missbraucht, das Aufbrechen der normalen Arbeitszeit als neue Freiheit darzustellen.

Individuelle Lösungen

Die herrschende Meinung unterstellt, dass das Problem der Frauen, Erwerbstätigkeit und Muttersein zu verbinden, im Einzelfall läge und daher nur durch individuelle Lösungen aufgehoben werden kann. Es ist zwar nicht mehr denkbar, die Frauen an den Herd zu verbannen. Auf das Begabungspotential Frauen wollen und können Unternehmer nicht mehr verzichten. Zumindest auf Abruf sollen die Frauen zur Verfügung stehen. Unter dem Deckmantel der individuellen Lösung werden uns jene Arbeitsplätze zugewiesen, die sich in letzter Linie den Bedürfnissen der Frauen, dafür in erster Linie den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen.

Flexible Arbeitszeiten

Vielen Frauen erscheinen flexible Arbeitszeiten auf den ersten Blick als einfachste Lösung, die Doppelrolle zu bewältigen. Im Grunde genommen sind sie ein weiterer Schritt zur Zementierung der alten Rollenteilung zwischen Mann und Frau: dem Mann kommt nach wie vor die Erwerbsrolle zu, während die Frau zu Hause Mann und Kinder versorgt. Dank den flexiblen Arbeitszeiten wird die Frau nicht ganz aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen, sondern kann «am Ball» bleiben, damit sich die berufliche Qualifizierung nicht völlig abbaut.

Tatsächlich werden aber den Frauen vor allem die unqualifizierten, am wenigsten gesicherten Arbeitsplätze zugeschoben.

Rollenschema und Gratisarbeit

Zu dieser Zementierung des herkömmlichen Rollenschemas gehört auch die neutrale Tendenz, den Sektor der unbezahlten Arbeit auszudehnen. Wir Frauen sind leicht für Freiwilligenarbeit im sozialen Bereich in Spitäler, für Kinderbetreuung oder in Altersheimen zu gewinnen, weil wir oft keine anderen Möglichkeiten zur Berufsausübung haben und weil wir die Entfremdung in bürokratischen Strukturen und in einer materialistischen Gesellschaft empfinden. So suchen wir Sinn im zwischenmenschlichen Bereich. Viele sehen nicht, dass diese Gratisarbeit in erster Linie eine kostendämpfende Massnahme im Sozialbudget darstellt und dazu missbraucht wird, den Stellenstopp zu unterlaufen. Die neutrale Ideologie hat es bei den Frauen besonders leicht.

Interessenvertretung

Die organisierten Interessenvertreter sehen sich nicht ver-

anlasst, für uns Frauen viel zu tun: weder in Richtung Bewusstmachung noch in Richtung Interessenvertretung. Frauen haben in den Gewerkschaften eine Randstellung, weil die Tradition des Normalarbeitsvertrages und Gesamtarbeitsvertrages auf den erwerbstätigen Familienvater ausgerichtet ist. Die Gewerkschaften haben auch verpasst, in den typischen Frauensektoren (Spital, Büro, Verkauf usw.) Fuß zu fassen. Deshalb verfügen wir Frauen kaum über eine wirkungsvolle kollektive Interessenvertretung. Die reale Lage von uns Frauen lässt uns kaum Zeit und Kraft für ein politisches Engagement. Beim Sozialbudget macht der Neoliberalismus Abstriche, das heißt, die wenigen Krippen- und Hortplätze werden teilweise abgebaut und verteuert, Tagesschulen sind nach wie vor Ausnahmeerscheinungen. Die psychische Belastung der Mütter ist zusätzlich gestiegen, weil die Umweltbelastung, die Verkehrs-, Wohn- und Lebensbedingungen die Betreuungsarbeit der Kinder schwieriger und aufwendiger machen.

Der Preis der individuellen Lösungen ist sehr hoch. Es ist für uns klar, dass die «neuen Freiheiten» auf einen falschen Weg führen, auf den Weg der Zementierung der alten, patriarchalischen Verhältnisse.

Die Forderung nach realer Gleichberechtigung gibt Anstoß zur Erneuerung

der Gewerkschaftsbewegung

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Frauenbewegung gemeinsam mit der Arbeiterbewegung für das Stimm- und Wahlrecht der Frauen ein. Weil die Auseinandersetzung um das in den andern Ländern längst verwirklichte Stimm- und Wahl-

recht der Frauen 30 Jahre lang im Vordergrund stand, gerieten andere Inhalte der Gleichberechtigung wie Lohngleichheit oder Mutterrechte usw. ins Abseits, auch in den Gewerkschaften. Die Konsenspolitik, an der die schweizerischen Gewerkschaften mitwirkten (Friedensabkommen), ging besonders an den Bedürfnissen der am meisten Benachteiligten vorbei und führte zu einer Demobilisierung. Breite Mehrheiten der Bevölkerung glaubten, die wichtigsten politischen und sozialen Bedürfnisse seien erfüllt und was noch ausstehe, liesse sich ohne Konflikte erreichen.

Keine konfliktfreien Beziehungen

Auch wenn die Arbeiterbewegung geschichtlich eine wichtige Rolle für die Emanzipation der Frau gespielt hat, bleiben die Beziehungen zwischen Arbeiter- und Frauenbewegung konfliktreich: das Patriarchat ist nicht auf die bürgerliche Klasse beschränkt, es durchdringt auch die Arbeiterbewegung. Männerherrschaft ist die älteste und resistente Form der Unterdrückung und ist in keinem der bisherigen Gesellschaftssysteme vollständig überwunden worden.

Manche von uns Frauen haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es möglich ist, Gewerkschaftsarbeit weniger routiniert und bürokratisch zu leisten, dass es möglich ist, mit lustbetonten Aktionen auch in der Öffentlichkeit Solidaritätsgefühle hervorzurufen und demokratische Formen der Auseinandersetzung anzuwenden. Allerdings haben wir aber auch innerhalb der Gewerkschaft die Grenzen erlebt. Unter anderem erleben wir immer wieder, dass der schweizerische Arbeitsfriede die Aus-

einandersetzung hemmt oder gar verhindert. Konflikte werden unter den Tisch gewischt, und viele Leute haben es verlernt, für ihre Rechte auf die Strasse zu gehen und sich zu wehren. Diese Fähigkeiten müssen wir wieder beleben.

Notwendige neue Schritte

Unsere Vorstellung einer neuen Gesellschaft setzt eine Reihe von Schritten voraus, die zunächst die tiefverwurzelte gesellschaftliche Diskriminierung der Frauen aufweichen. Wir meinen Massnahmen der positiven Korrektur, ähnlich den Sonder-schutzbestimmungen der Frauen, wie sie im alten Fabrikgesetz verankert waren. Konkret heisst das, dass Frauen bevorzugt werden bei der Besetzung von Stellen in Ämtern in der Gewerkschaft, Wirtschaft und Politik. Wir verlangen also Frauenquoten und -anteile bei der Zuteilung von Ämtern, Stellen und Ausbildungsplätzen. Uns ist klar, dass wir eigentlich die Abschaffung der an sich existierenden Männerquoten (so müssen z.B. von 7 Bundesräten 6 Männer sein) fordern.

Frauenpostulate im VPOD-Programm

Daneben gibt es eine Reihe von Forderungen, die konkret anknüpfen an die heutige Stellung der Frau in der Gesellschaft und die – dank des Einsatzes der Frauen im VPOD – unser Verband bereits in sein Programm aufgenommen hat:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- Mehr Rechte und Sicherheiten bei Schwangerschaft und Mutterschaft (Kündigungsschutz, bezahlter Mutterschaftsurlaub).
- Recht auf Abtreibung, Widerstand gegen aufgezwungene gentechnologische Eingriffe.

– Abbau der Doppelbelastung; mehr Krippen, Horte und Tagesschulen, massive Arbeitszeitverkürzung für Mann und Frau.

– Recht auf gleiche Ausbildung für Knaben und Mädchen, Recht auf eine breite, zukunftsorientierte Berufsbildung; öffentliche, unentgeltliche Umschulung und Weiterbildung, insbesondere für Frauen mit Unterbrüchen in der Erwerbsarbeit.

– Gegen die Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse des Kapitals.

– Gegen den Abbau der Sonderschutzbestimmungen im Arbeitsgesetz (Aufweichung des Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeitsverbots für Frauen, Ausdehnung dieses Schutzes auf alle Männer und Frauen).

– Verbesserter Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

– Gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienste (vor allem im Sozialbereich darf die Betreuung der Alten, Kranken und Kinder weder auf private Profitinstitute noch in den familiären Raum abgeschoben werden).

– Gegen die Sanierung der AHV-Finanzen auf Kosten der Frauen (Herabsetzung des Pensionierungsalters auf 60 für alle und Möglichkeit der Weiterbeschäftigung à la carte).

– Gegen den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung.

Es ist gut, dass unser Verband diese Forderungen in sein Programm aufgenommen hat, aber das allein genügt uns nicht. Im Gewerkschaftsalttag müssen sie grösseres Gewicht bekommen, damit sie politische Realität werden.

Wir Gewerkschaftsfrauen machen Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft

Angesichts der verbreiteten Orientierungskrise blasen

sich die heutigen bürgerlichen Ideologen auf, um ihre alten Werte in einem neuen Gewand zu verkaufen. Mit Begriffen wie «Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Be-freiung des Individuums von Kollektivzwängen» werben sie für eine Gesellschaft, die dem Kapital alle Macht gibt und die Lohnabhängigen, insbesondere die Frauen, vereinzelt, isoliert stehen lässt.

Demgegenüber müssen wir Gewerkschaftsfrauen unsere Vorschläge für eine gerechtere Gesellschaft vorbringen und uns nicht auf die Verteidigung einzelner Forderungen beschränken. Dies bedeutet, dass wir der «alten Idee» unserer Bewegung wieder Leben geben. Nur die Absicherung von kollektiven Sicherheiten erlaubt jeder und jedem Einzelnen, die eigene Freiheit zu entwickeln und auszuschöpfen.

Nationalismus, Rassismus und Sexismus sind Erscheinungen einer Gesellschaft und ihrer Kultur, die ausschliessend und sektoruell denkt und auf Konkurrenz, Ausbeutung und privater Bereicherung aufbaut. In einem solchen Rahmen kann Frieden nicht existieren. Wir aber wollen in Richtung einer solidarischen Gesellschaft gehen und uns dafür einsetzen: für Solidarität zwischen Männern und Frauen, zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung, Solidarität mit der Dritten Welt. Wir stehen ein für andere Formen der Konfliktlösung, als die Militärs sie uns anbieten.

Im Umgang mit der Umwelt und mit der Natur sollen Sicherungen erkämpft werden, die verhindern helfen, dass wir uns auf die Beseitigung der Katastrophenfolgen konzentrieren. Wir wollen Produktions- und Lebensformen, die jede Einzelne und jeden Einzelnen in Überein-

stimmung mit der natürlichen Umwelt bringen. Der Kampf um die Umwelt kann nicht im Gegensatz, sondern muss in Übereinstimmung mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit geführt werden. Wir wollen produzieren, um zu leben, und nicht leben, um zu produzieren. Unsere Produkte sollen das Leben ermöglichen und nicht Leben zerstören.

Die Schule soll zur Schule der Solidarität statt der Leistungskonkurrenz werden. Das Gesundheitswesen soll sich nicht darauf beschränken, wieder gesund zu machen, was die Gesellschaft krank gemacht hat, sondern sich für andere Arbeits- und Lebensverhältnisse stark machen. Dazu gehört auch eine andere Praxis der Medizin, die dem Vorbeugen statt dem Heilen den Vorrang gibt, die von einem ganzheitlichen Menschenbild ausgeht und nicht die Erforschung und Zerlegung des Menschen in Teilchen anstrebt. Der Gedanke der Solidarität muss auch hier wieder stärker werden: wir weisen alle Versuche zurück, die Versicherungsnehmerinnen und -nehmer in einzelne Kategorien aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen.

Die Probleme, die auf uns zukommen, die Schwierigkeit, Wege der Lösung zu finden, machen es notwendig, dass unsere Gewerkschaft mit dem alten Trott bricht. Es muss in unserer Gewerkschaft ein Geist geschaffen werden, der es ermöglicht, dass offen über die Probleme diskutiert werden kann. Es muss Platz entstehen, damit die verschiedenen Wege – auch neue! –, die uns zu unseren Zielen führen, ausprobiert werden können.

**VPOD
Verbandskommission
Frauen**